Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

30. Sitzung vom 18. Februar, 1 Uhr.

Das Haus ist schwach besetzt.

Am Bundesrathstische: Zu Beginn niemand.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist ein schleuniger Antrag Ahlers auf Einstellung eines gegen den Abg. Stadthagen schwebenden Strafverfahrens.

Abg. **Bebel** begründet den Antrag und legt den Sachverhalt dar.

Abg. **Bassermann** (nl.) beantragt, den Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission zu überweisen.

Das Haus beschließt demgemäß.

Es folgt die Fortsetzung der Besprechung der Interpellation Johannsen betr. die Ausweisungen in Nordschleswig.

Abg. **Lenzmann** (freis. Vp.): Es handle sich um eine Frage, welche nicht nur Preußen angehe, sondern auch das Reich sehr interessire. Leider suchen auch hier wieder die verbündeten Regierungen die Kompetenz des Reichstages herabzusetzen, wie es schon bei der Lippe'schen Streitfrage der Fall war. Gewundert habe er sich über das Verhalten der national-liberalen Partei, deren Haltung gegenüber der Kompetenzfrage der Parteiredner leider nicht darlegte. Nach der „Köln. Ztg." scheine die Partei die Kompetenz des Reichstages zu bestreiten. (Widerspruch des Abg. Dr. Sattler.) Die Herren Bennigsen und Dr. Hammacher hätten gewiß der Besprechung der Interpellation zugestimmt. Aber er freue sich über einen bußfertigen Sünder (Gelächter bei den Nationalliberalen) und konstatire, daß die konservative Partei nun allein stehe in ihrer Ablehnung. Die Debatte des Abgeordnetenhauses genüge ihm in keiner Hinsicht. Der Ausgangspunkt war dort immer die nationale Frage. Im Reichstag verbitte man sich vielfach die Annäherung, allein sich für national zu halten. Allerdings verstehe die freisinnige Partei unter nationaler Gesinnung die Pflege der Wohlfahrt des Reiches auf dem Boden des Rechts, nicht aber den sogenannten Chauvinismus, der den Frieden gefährde. Es sei selbstredend ein eitler Aberglaube einiger Agitatoren, daß jemals Nordschleswig an Dänemark zurückfallen könnte. Jede Möglichkeit hierfür sei ausgeschlossen. Die Agitatoren betonen freilich, daß ihnen mehr an der Erhaltung der dänischen Nationalität und Sprache gelegen sei. Dies sei doch kein Verbrechen, sonst müßten auch die Deutschen im Auslande, die Polen bei uns Verbrecher sein. Man sollte sich hüten, gegen solche berechtigten Aspirationen mit polizeilichen Maßregeln vorzugehen. Hierunter fallen namentlich die Ausweisungen, die ein Ausfluß reiner Willkür seien und oft ganz Unschuldige treffen. Eine wirthschaftliche Schädigung durch die Ausweisungen sei schon vielfach konstatirt worden, und Herr v. Köller sollte darüber nicht mit solch durchsichtiger Frische hinweggehen. Eine zweite Seite des Vergehens des Herrn v. Köller sei der Eingriff in das gesetzliche Vereins- und Versammlungsrecht, sogar private Festlichkeiten, Hochzeiten werden polizeilich überwacht. Es wurden dänische und preußische Nationallieder gesungen und infolgedessen die Gastgeber mit Geldstrafen belegt. Die Sprachenverordnung erregte namentlich dadurch Unwillen, daß der Unterricht und der Gottesdienst darunter litt. Herr Kultusminister Dr. Bosse scheine dies auch einzusehen, Herr v. Köller nicht. Auch sei es eine Grausamkeit ohne gleichen, den Eltern ihr Erziehungsrecht zu nehmen und ein großes Naturrecht zu durchbrechen. Logisch wäre es dann auch, den sozialdemokratischen Eltern ihr Erziehungsrecht zu nehmen. Die Zeitungsartikel über eine wüste Agitation in Nordschleswig seien sammt und sonders älteren Ursprungs, jedenfalls werden sie desto schärfer, je strenger die Polizeimaßnahmen werden. Die gegen die dänische Bevölkerung befolgte Politik entspreche nicht der Würde des Deutschen Reiches und der Gerechtigkeit. (Beifall links.)

Abg. Dr. **Lehr** (nl.): Die nationalliberale Partei brauche keine Belehrung darüber anzunehmen, was unter nationaler Gesinnung zu verstehen sei und wie man ihr hier Folge zu geben habe. Ueber die Kompetenzfrage habe sich Herr Bassermann in seiner Etatsrede geäußert. Die Rede des Abg. Johannsen war in dem Stil gehalten, wie ihn französische Minister und Generale lieben: vorsichtige und verschleierte Hindeutung auf die Wiedergewinnung verlorener Provinzen. Thatsächlich sei die dänische Agitation umfangreich und gefährlich, in einer Karte werde nicht nur Nord-, sondern auch Süd-Schleswig als dänisch bezeichnet. Systematisch werden Kinder und Eltern aufgereizt, Reservisten in ihrem Eide wankend gemacht. Ein besonderes Völkchen, wie Herr Johannsen sagte, seien die Schleswiger nicht, sie seien eben Niederdeutsche und Deutsche, die erst durch die dänische Gewaltherrschaft dänisirt worden seien. Dänisch sei gar nicht die Muttersprache der Leute, außerdem richte sich hiergegen gar nicht der Sprachenerlaß der Regierung, sondern nur gegen die Agitation für diese Sprache. Das deutsche Gastrecht, von welchem Herr Hänel sprach, schließe auch eine Pflicht des Gastes ein, die Hausrechte zu achten. Herzog Dr. Ludwig danke er für seine Bemühungen zur Erhaltung des Deutschthums in Amerika, möge er seine Thätigkeit auch auf die deutschen Katholiken des Ostens ausdehnen! Schleswig-Holstein sei auf ewig ungetheilt und auch vereint mit dem deutschen Reich. Diesem Zweck sollen auch die Ausweisungen dienen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Stockmann** (Rp.) er sei nicht eines besseren darüber belehrt worden, daß diese Ausweisungen vor das Forum des Reichstages gehören. Eine Zuständigkeit könne aber eintreten, wenn die Interessen des Reiches von den Maßregeln berührt werden. Sicher gehören aber Sprachenerlasse nicht zur Kompetenz des Reiches, sondern zur preußischen Schulpolitik. Der Reichstag sei doch keine politische Kinderstube, um die Einzelstaaten hier zu erziehen. Die dänische Agitation sei in den letzten Jahren immer frecher geworden, und die preußische Regierung war in vollem Recht, als sie hiergegen mit Ausweisungsmaßregeln vorging zum Schutz deutsch-nationaler Interessen. Die Interessen des deutschen Reiches werden mehr als durch die Ausweisungen durch die Verhandlungen des Reichstages hierüber geschädigt (Unruhe), das Ausland werde daraus entnehmen, daß der deutsche Reichstag nicht einig gegen fremde Uebergriffe und Einflüsse sei und die dänische Agitation werde dadurch gestärkt werden. Dieselbe gehe zum Theil unter dem Schutz dänischer Beamten und Offiziere vor sich, wogegen unsere Regierung eigentlich reklamiren müßte. Der Freisinn habe sich in Schleswig-Holstein in direkten Gegensatz zur Bevölkerung gesetzt, das beweise die Popularität des Herrn v. Köller, wo er sich zeige (Widerspruch links). Auch freisinnige Leute wollten sich an einem Fackelzug für Herrn v. Köller in Schleswig betheiligen. Auch Prof. v. Esmarch, der sonst zum Freisinn halte, billige die Maßnahmen der Regierung, desgleichen Prof. Martin in Gadersleben. Es sei eine Uebertreibung, daß die jetzigen Maßregeln alles übertreffen, was die dänische Regierung einst in Schleswig-Holstein gethan. So wurde damals in der ganz deutschen Stadt Gadersleben sofort das Dänische als Schul- und Kirchensprache eingeführt. (Hört!) Die preußische Regierung habe durch ihre Energie den Interessen des Reiches nicht geschadet, sondern genützt.

Abg. **v. Glembocki** (Pole). Seine Freunde seien überzeugt, daß der Reichstag zuständig sei für die Behandlung dieser Angelegenheit, die einen internationalen Charakter trage. Die Maßregeln der preußischen Regierung in Schleswig-Holstein seien unberechtigt, um so mehr als sie der Humanität widersprechen und Unschuldige treffen. Als Pole ermuthige er die Dänen, in ihrem Kampfe um ihre Nationalität und Sprache auszuharren.

Abg. Freih. **v. Hodenberg** (Welfe). Herr Johannsen könne nicht das deutsche Reich und das deutsche Volk für diese Maßnahmen verantwortlich machen, die spezifisch preußisch seien. Seine Freunde wollen sich mit der dänischen Agitation nicht identificiren, aber sie beklagen doch diese Ausweisungen. Preußisch fühlen wolle und könne er nicht, das habe er auch nicht nöthig. Die Liebe zu seinem angestammten Herrscherhause könne man ihm nicht verwehren. Der preußische Bureaukratismus habe es noch nirgends verstanden, sich Sympathien zu erringen. Seit dreißig Jahren raufe sich seine Partei mit der hannoverschen nationalliberalen Partei, aber der preußische Bureaukratismus erschwere letzterer sehr den Kampf.

Abg. Dr. **Sattler** (nl.): Im Interesse der nationalen Einigung des deutschen Volkes sei seine Partei für die Angliederung Hannovers eingetreten und werde stets die Fahne des deutschen Reiches und des Deutschthums hoch halten.

Der Widerspruch der Anschauung des Vorredners, daß die Maßregeln speziell preußische seien, sie finden auch fast ausnahmslos in Schleswig-Holstein Billigung und ebenso in allen nationalgesinnten Kreisen Deutschlands. Ueber die Kompetenz des Reichstages für diese Fragen habe sich schon Abgeordneter v. Marquardsen am 16. Januar 1886 hier ausgesprochen. Seine Partei erachte die Kompetenz als vorliegend, aber die Besprechung zur Zeit für unnöthig und unerwünscht, nicht kompetent sei der Reichstag für die Schul- und Sprachenfrage. Außerdem raube die Besprechung der Interpellation dem Reichstag viel von seiner kostbaren Zeit. Fast alle gewählten welfischen Abgeordneten seien nur mit sozialdemokratischer Hilfe in den Reichstag gekommen, die Sozialdemokratie scheine dadurch ihre Abneigung gegen den Partikularismus beweisen zu wollen. Herrn Dr. Lieber wolle er erwidern, daß das heilige römisch-deutsche Reich, sicher nicht seine Grenzen beschützt habe als das neue deutsche Reich, damals wären schließlich die Mündungen aller deutschen Flüsse in fremde Hände übergegangen. — Die Grundlage der Schule in Schleswig-Holstein müsse die deutsche Sprache sein. Was die Gastfreundschaft betreffe, so werden die Dänen außer in den nördlichen Grenzbistrikten in keiner Weise bei uns gehindert und belästigt. Das Deutschthum müsse dort eben von jedem Deutschen geschützt werden, sei er Privatmann oder Beamter. Wer die Agitation kenne, werde sagen, es müsse eingegriffen werden, und die Ausweisungen der dänischen Dienstboten solle gerade ein praktisches Mittel sein. (Beifall.)

Abg. **Minckel** (freis. Vp.): Es gebe doch wie es scheine einen sehr mannigfaltigen Patriotismus, der manchmal sonderbare Blüthen treffe. Die nationale Gesinnung sei nicht das Vorrecht eines einzelnen und wohne in jedem Deutschen, es komme nur darauf an, wie er das Wohl des großen Ganzen auffasse. Man sehe die Person des Herrn Johannsen und wohl auch die Agitation unter einem vergrößerten Gesichtswinkel, die Größenmaaße seien sicher nicht die richtigen. Es gebe auch eine deutsche Agitation und die Regierung sollte gegen beide gerecht sein (Zurufe rechts). Man müsse bedenken, daß man eine Nationalität nicht ausziehen könne wie einen Rock. Wenn auch Herr v. Köller persönlich sehr liebenswürdig sei, könne er doch verfehlte Maßregeln treffen, unter denen leider Unschuldige zu leiden haben. Ebenso wenig zu billigen seien die Versuche zur Ausrottung der dänischen Sprache und zur Vernichtung des Erziehungsrechts der Eltern. Es sei doch auffallend, daß Herr v. Köller wie ein Sieger gefeiert werde und bei Fackelschein über arme Dienstboten triumphiere. Der Zweck der diesmaligen Debatte sei, zu konstatiren, daß die Mehrheit des Reichstages die getroffenen Maßregeln der preußischen Regirung nicht billige. Der Eindruck auf das Ausland schrecke ihn nicht. (Beifall links, Zischen rechts).

Abg. Fürst **Bismarck** (f.): Er wolle nur kurz einige der berührten staatsrechtlichen Fragen beleuchten. Was zunächst die Kompetenz des Reichstages betreffe, so stehen sich ja hier Autoritäten und gelehrte Herren gegenüber, er wolle nicht dazwischen treten.

Die Schulmaßregeln unterliegen gewiß nur der Kompetenz des preußischen Landtages, das werde auch Herr Dr. Lieber zugeben. Wenn Herr v. Köller so scharf angegriffen werde, so könne doch niemand zweifeln, daß er zu seinen Maßregeln von der Regierung voll autorisirt sei. Persönlich sei Herr v. Köller bekannt als human und liebenswürdig. Der Reichskanzler sei gleichzeitig preußischer Ministerpräsident und trage daher die Verantwortung für die Maßregeln, welche er auch gern übernommen habe. Wenn ein so persönlicher und erfahrener Staatsmann wie der Herr Reichskanzler zu solchen Maßregeln greife, geschehe es doch nicht aus reinem Uebermuth, sondern auf Grund starker Motive. Diese lagen in der nothwendigen Abwehr einer rücksichtslosen dänischen Agitation. Hier könne nicht die Gerechtigkeit maßgebend sein, sondern die Staatsraison. Die Versöhnungspolitik, die man in Oesterreich versucht habe, habe sich auch nicht bewährt. Je älter unser Reich wird, je mehr wird unser Nationalgefühl wachsen. Redner tritt dann für ein anhaltend gutes Verhältniß zu Oesterreich ein trotz der schwierigen Lage des dortigen Deutschthums und betont, daß die Dänen keine Rechte aus dem Prager Frieden herleiten können. In den Behandlungen solcher Fragen sollte man nach dem englischen Wort handeln: Ich bin immer auf Seiten meines Vaterlandes, ob es recht hat oder unrecht. „Meine Herren, lassen Sie den nationalen Gedanken leuchten vor Europa."

Abg. Graf **Klinckowström** (f.): Er ersuche die Freisinnigen, in Nordschleswig ihre Hand von der dänischen Agitation wegzulassen, sonst müsse man sie hier noch schärfer angreifen. Ueber die Rede des Herrn Liebknecht habe er sich sehr gefreut, er habe wieder für alle Staaten plädirt, für Dänemark, die Schweiz usw., nur nicht für Deutschland. Möge die Sozialdemokratie nur so fortfahren, dann werde sie hoffentlich bald an Boden verlieren. Ein großer Staat dürfe es nicht dulden, daß an seinen Grenzen eine feindliche Agitation betrieben werde. Das Nationalbewußtsein der dortigen Deutschen müsse gestärkt werden. Dafür müsse der preußischen Regierung der Dank zu theil werden. Wer es wage, deutsche Sitte, deutsche Sprache anzugreifen oder gar einen Fuß breit deutschen Landes abzutreten, sei ein Hochverräther, den man niederschlagen müsse.

Abg. Dr. **Lieber** (C.): Es gebe keinen Deutschen, der nicht die Integrität des Deutschen Reiches aufrecht erhalten wolle, das habe schon Herr Miquel neulich im preußischen Abgeordnetenhause betont. „Nach außen sind wir alle schwarz-weiß roth." Er erkenne es als eine der größten Thaten des Fürsten Bismarck, daß er ihm gelungen sei, Oesterreich zu versöhnen und ein enges Bündniß mit ihm zu schließen. Gegenüber Herrn Dr. Sattler bemerke er, daß er nicht von der preußischen Schulpolitik, sondern nur von der Pflege der Muttersprache und von den natürlichen Elternrechten gesprochen habe, die durch das Bürgerliche Gesetzbuch verbürgt seien.

Hierauf gelangt ein Schlußantrag zur Abstimmung, der aber abgelehnt wird.

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg**: Die preußische Regierung befinde sich mit ihrer Politik in Nordschleswig in der Ausübung seines Hausrechts, und Herr v. Köller habe sich dadurch in seiner Provinz sehr beliebt gemacht.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. v. Glembocki wird die Diskussion geschlossen, der persönliche Bemerkungen der Abgg. Dr. Stockmann, Lenzmann, Liebknecht, Graf Klinckowstroem, Dr. Sattler, Graf Bernstorff folgen.

Damit ist die Interpellation Johannsen beendet.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr (Wahlprüfungen, erste Berathung des Gesetzes betr. Civilprozeß- und Strafprozeßordnung, Festsetzung der zweiten Berathung des Etats.)

Schluß 6¼ Uhr.

Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Abgeordnetenhaus.

23. Sitzung vom 18. Februar. 12 Uhr.

Das Haus ist mäßig besetzt.

Am Ministertische: Dr. v. Miquel u. a.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Berathung des Antrages Dr. Langerhans (frs. Vp.) auf Annahme eines Gesetzentwurfs betr. die Aufhebung der alten Konsistorialordnung vom Jahre 1573 und anderer alten Verordnungen, die den bürgerlichen Gemeinden, namentlich der Stadt Berlin, weitgehende Verpflichtungen bezüglich der Bauten und Reparaturen von Kirchen, Pfarr- und Küsterwohnungen auferlegen.

Abg. **Wolff-Gorlitz** (kons.) erklärt, die Stellung der Konservativen zu der Vorlage habe sich nicht geändert, sie würden gegen die Vorlage stimmen.

Abg. Dr. **Irmer** (kons.) macht darauf aufmerksam, daß in einigen Gegenden ähnliche Verfügungen zu Gunsten der katholischen Kirche beständen. Die Verhältnisse gestalteten sich dort sogar noch viel schroffer als hier in Berlin. Es wundere ihn, daß man nicht auch die Aufhebung dieser Verfügungen beantrage. So müsse die Stadt Paderborn zu katholischen Kirchenbauten und Reparaturen große Summen aufwenden auf Grund alter Bestimmungen, obwohl dort über 40 Prozent Evangelische wohnten. In Lippspringe und Warburg herrschten ganz ähnliche Verhältnisse. Seine Partei allerdings wolle diese Verhältnisse nicht antasten und stimme daher konsequenterweise auch gegen den Antrag Langerhans.

Abg. Dr. **Langerhans** (frs. Vp.): Die Verhältnisse in Paderborn und in Berlin lassen sich gar nicht miteinander vergleichen. Es ist ein schönes Christenthum, das Andersgläubige für Kirchenbauten mitzahlen läßt. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Abg. Dr. **Porsch** (Ctr.): Der Unterschied zwischen den Paderborner und den Berliner Verhältnissen liegt darin, daß in Paderborn die Evangelischen seit unvordenklicher Zeit zu den katholischen Kirchenbauten beigesteuert haben, während in Berlin die alte Konsistorialordnung erst in neuerer Zeit wieder vorgelegt worden ist. Wunderbar ist es, daß die Regierung, die sich hier gegen den Antrag Langerhans wendet, in Oppeln genau im Sinne dieses Antrages handelt. Dort hat nämlich der Staat gegenüber den katholischen Kirchen eine alte Unterhaltungspflicht. Ich beantrage, den Antrag Langerhans an eine Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen. (Beifall links und im Centrum.)

Die Kommissionsüberweisung wird beschlossen.

Die zweite Berathung des Etats des Ministeriums des Innern wird darauf fortgesetzt.

Beim Kapitel „Landgendarmerie" befürwortet Frhr. Dr. **von der Goltz** (kons.) die energischere Bekämpfung des überhand nehmenden Landstreicherthums.

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso ohne Debatte das Kapitel „allgemeine Ausgaben im Interesse der Polizei."

Beim Kapitel „Strafanstaltsverwaltung" spricht Abg. **Winckler** (kons.) den Wunsch aus, daß die Gefangenen in möglichst weitem Umfange zu Landesmeliorationsarbeiten verwendet werden und fragt an, wie es mit der Unterstützung von Gefangenen und deren Angehörigen im Falle der Tödtung oder Verletzung durch einen bei der Beschäftigung erlittenen Unfall steht. Es sei auch zu tadeln, daß die Gefangenen die Unfallrente ruhig weiter beziehen, statt daß diese Rente zur Deckung der Haftkosten mitverwendet wird.

Geheimrath **Krohne** erwidert, daß der erste Wunsch des Redners nach Möglichkeit erfüllt werden soll, der zweiten Anregung könne nicht Folge gelestet werden, da das Reichsgesetz dem im Wege stehe.

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats.

Damit ist die zweite Lesung des Etats des Ministeriums des Innern beendet.

Es folgt die zweite Lesung des Etats der Centralgenossenschaftskasse.

Die Einnahmen werden ohne Debatte bewilligt.

Bei den Ausgaben bemerkt

Abg. **v. Bockelberg** (kons.), daß seine Partei die mit der Entwickelung der Kasse verbundenen Mehrausgaben selbstverständlich bewillige. Der Geschäftsabschluß der Kasse sei ein sehr günstiger. Sie habe die staatlich erhaltene Einlage nach Abzug der Verwaltungskosten noch immer mit 3¾ Proz. verzinst. Man könne daher keineswegs sagen, der Staat habe mit diesem Geld der Landwirthschaft ein Geschenk gemacht. Der Versuch mit dieser Kasse könne als ein gelungener bezeichnet werden. Mit ihrer Entwickelung seien sie sehr zufrieden. Die Kasse habe eine ungemein große wirthschaftliche Bedeutung. Redner weist sodann auf die große Wichtigkeit der Kornhäuser hin und wünscht noch eine weitere Förderung derselben. Die Erhöhung des Zinsfußes der Kasse habe zwar in manchen Kreisen Unwillen erregt, indessen werden sich diese Kreise mittlerweile überzeugt haben, daß durch die ganze Lage des Geldmarkts diese Zinserhöhung geboten war.

Abg. Dr. **Crüger**-Bromberg (freis. Vp.) erblickt in der Erhöhung des Zinsfußes einen Beweis dafür, daß die Kasse sich nicht so gut bewährt habe, wie man erwartete. Wenn man sich ein richtiges Bild machen wolle, so müsse man wissen, wie sich der Umsatz in den einzelnen Monaten gestaltet habe. Die Höhe der Wechsel lasse die Vermuthung zu, daß es sich vielfach um Prolongationen handelt; das sei auch natürlich, da die Kasse mit den Verbänden, diese mit den Genossenschaften und erst diese mit den einzelnen Mitgliedern in Verbindung treten, der Instanzenweg also ein sehr komplizirter sei. Außerdem habe ja auch die Kasse zeitweise an der Börse Geld aufnehmen müssen. Bei dem hohen Effektenbestand der Kasse würden sich Kursschwankungen unter Umständen in sehr unangenehmer Weise bemerkbar machen. Die Verbindung der Sparkassen mit der Centralgenossenschaftskasse könne zu einer Konzentration der Sparkassen führen. Er sei überhaupt kein Freund der Konzentration; aber in Konzentration der Sparkassen erblicke er die allergrößten Gefahren. Dadurch, daß die Centralgenossenschaftskasse einzelnen Genossenschaften dauernd Wechsel diskontire, verstoße sie gegen das Gesetz. Die Thatsachen hatten erwiesen, daß die im vorigen Jahre vorgenommene Erhöhung des Grundkapitals nicht nothwendig gewesen ist. Daß die Kasse mit außerordentlich strengen Geschäftsbestimmungen hervorgetreten sei, sei mit Freuden zu begrüßen. Er hoffe, daß sie an diesen Bestimmungen mit aller Energie festhalten werde. Es sei erwünscht, daß die Verwaltung endlich einmal eine genaue Statistik veröffentliche. Die bisherige sei nichts weiter als ein Adreßbuch, das für die Beurtheilung der Geschäftslage völlig werthlos sei. Was im übrigen die Geschäftsführung betreffe, so wolle er nicht so weit gehen, zu behaupten, die Kasse habe mit ihrer Politik die Diskontpolitik der Reichsbank durchkreuzt; wohl aber halte er es nicht für segensreich, daß die Kasse dauernd unter dem Zinsfuß bleibe, den das Geld auf dem Weltmarkt habe. Er habe das Gefühl, als ob die Sicherheit derjenigen Kassen, die mit der Centralgenossenschaftskasse in Verbindung stehen, manchmal eine etwas zweifelhafte sei. Unberechtigten Forderungen einzelner Verbände gegenüber möge die Kasse hart bleiben. Auch möge sie alles das vermeiden, was geeignet sei, auch nur mittelbar die Schulze-Delitzschen Kreditgenossenschaften zu schädigen. Er wünsche, daß die Kasse als Großbankinstitut arbeite, daß sie an einen Zinsfuß festhafte, der dem Zinsfuß auf dem Weltmarkt entspreche und daß sie sich streng nach dem Gesetze richte. Die Entwicklung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990220027/fragment/page=0001

des Genossenschaftswesens sehe er nicht so ruhig an wie der Vorredner; ein langsames aber stetes Aufkommen neuer Genossenschaften sei bei weitem besser als ein sprungweises, denn dadurch würden auch viele nicht lebenskräftige Genossenschaften entstehen. (Beifall links)

Geh. Rath **Havenstein**: In der elementaren Entwicklung des Genossenschaftswesens erblicken wir durchaus keinen besonderen Vorzug, denn auch wir wollen lieber lebenskräftige Genossenschaften. Die Wechsel, mit denen die Genossenschaftskasse arbeitet und auf die der Vorredner hingewiesen hat, sind vollständige Wechsel, die daraus hergeleiteten Befürchtungen sind also durchaus unbegründet. Es sind von den Verbandskassen in den letzten 10 Monaten genau so viel Gelder entnommen, wie zurückgezahlt worden sind, eine Gefahr ist also nicht vorhanden. Zu meiner Freude hat der Abg. Dr. Crüger die Existenzberechtigung der Kasse nicht bestritten, sondern nur einzelne Wünsche vorgebracht, mit denen ich zum Theil übereinstimme. Bezüglich der anderen Punkte hoffe ich auf ein befriedigendes Einvernehmen. Die Grundsätze der Kasse sind dieselben geblieben, sie sind nur, was ja ganz natürlich ist, weiter ausgebaut worden. In erster Linie hat die Kasse immer auf die genügende Sicherheit gerichtet, das Kreditbedürfniß ist infolge der starken Entwicklung des Genossenschaftswesens sehr gestiegen, aber jetzt ist der Höhepunkt überschritten. Die Lage der Centralgenossenschaftskasse ist augenblicklich eine solche, daß sie jedem Kreditbedürfniß gewachsen ist. Daß die Kasse auch einzelnen Genossenschaften, die keinem Verbande angehören, Wechsel diskontirt, ist richtig, aber ein Verstoß gegen das Gesetz liegt darin nicht. Ebenso ist der Lombardverkehr der Sparkassen mit der Centralgenossenschaftskasse absolut gesetzlich zulässig. Nicht richtig ist das, was der Vorredner über den Zinsfuß gesagt hat. Die Kasse hat niemals den Anspruch erhoben, sich völlig unabhängig vom Zinsfuß zu stellen, sie war nur bestrebt, den Zinsfuß thunlichst stabil zu halten, aber nicht absolut stabil, und die hat ihn ja auch, als sich die Nothwendigkeit dazu ergab, sofort geändert. (Beifall rechts.)

Abg. **Liders** (Grunow (freikons.)) schildert einzelne Fälle aus Hildesheim, wo kreditbedürftige Leute selbst zu 8 Proz. keine Kapitalien bekommen konnten. Er hoffe, daß das durch die die Centralgenossenschaftskasse ein für allemal anders werde.

Abg. Freiherr **v. Huene** (Ctr.) weist darauf hin, daß die Geschäftsgrundsätze der Kasse unverändert dieselben geblieben seien. Von einem Sturm gegen die Kasse sei ihm nichts bekannt, ein solcher Sturm wäre auch an der Verwaltung sehr ruhig vorübergegangen. Die Kreditthätige der Kasse könne sich auf 36 Millionen belaufen, es werden aber nur 30 Millionen im Ganzen gewährt. Von einer leichtsinnigen Wirthschaft könne keine Rede sein, die Kasse arbeite im Sinne des genossenschaftlichen Wesens, und die Wechsel, die die Kasse habe, seien durchaus sichere und solide. Die Verwaltung gehe mit peinlichster Vorsicht zu Werke. Bisher sei an den Wechseln noch nicht ein Pfennig verloren gegangen. Daß die Behauptung, die Kasse mache ungesetzliche Geschäfte, falsch ist, hat ja schon der Regierungskommissar nachgewiesen. Der Abg. Dr. Crüger hat eine Statistik verlangt; ich gebe ihm zu, daß eine wirkliche Statistik im Anschluß an die bisherigen Veröffentlichungen durchaus nöthig ist, und ich richte an ihn die Bitte, uns in dieser Beziehung mit dem ihm zur Verfügung stehenden Material zu unterstützen. (Abg. Dr. Crüger: Das können Sie haben!) Dann danke ich Ihnen. Daß das Geld, was an die einzelnen Vereine geht, mindestens 1 Proz. theurer ist als das, was den Verbänden gewährt wird, ist in der Natur der Sache begründet. Ich hoffe, daß die Direktion der Kasse nach wie vor an ihren soliden Grundsätzen festhalten wird. (Beifall.)

Abg. **v. d. Borght** (natl.): Ich betrachte die Centralgenossenschaftskassen gar nicht als etwas so ganz Neues, denn bei den Raiffeisen'schen Kassen hat ja der Staat auch schon zu Gunsten der Genossenschaften eingegriffen. Das Streben, den Zinsfuß möglichst stabil zu lassen, halte ich für berechtigt, denn allzu stark darf der Zinsfuß nicht sein. Das thatsächliche Vorgehen der Centralgenossenschaftskassen kann auch in dieser Beziehung keinen Anlaß zur Mißbilligung geben. Was die Sicherheit anlangt, so hat ja der Kollege Crüger ausdrücklich anerkannt, daß die Verwaltung das größte Gewicht auf Sicherheit legt; es können ja ab und zu Vorkommen, aber daran ist nicht das Geschäftsgebahren der Kasse schuld. Daß der Staat mit seinem Eingreifen die gesunde Entwickelung des Genossenschaftswesens hemmt, glaube ich nicht. Die Verbände haben ja doch kein Recht auf Kredit, auch kann ihnen der Kredit jederzeit entzogen werden. Die Kasse übt also gewissermaßen einen erzieherischen Einfluß auf die Genossenschaften. Daß ab und zu auch mal eine nicht lebenskräftige Genossenschaft sich auflöst, ist ja nicht zu verhindern, aber das sind eben Ausnahmen. Vorausgesetzt, daß ein Bedürfniß dazu vorhanden ist, würde ich gar kein Bedenken tragen, noch höhere Staatsmittel zu bewilligen, damit der Titel zur Selbsthilfe nicht erlahmt. Insoweit stimme ich dem Abg. Crüger zu, daß die jetzige Statistik der Centralgenossenschaften eine ungenügende ist und daß es dringend erwünscht ist, eine genaue Statistik zu veröffentlichen. Die Leitung der Kasse hat sich durchaus bewährt, was auch von denen anerkannt wird, die früher ein gewisses Mißtrauen hegten. Ich halte die Kassen für ein außerordentlich segensreiches Institut und hoffe, daß die noch vorhandenen Mängel im Laufe der Zeit schwinden werden. (Beifall.)

Minister Dr. **v. Miquel** hielt eine zu enge Geschäftsverbindung der Centralgenossenschaftskasse mit den Sparkassen für nicht thunlich, da die Aufgaben beider zu verschieden seien. Die Hauptaufgaben der Sparkassen müsse darin bestehen, wirkliche Ersparnisse entgegenzunehmen und wieder in den lokalen Bezirken zu verwenden. (Sehr richtig.) Die Kritik des Abg. Crüger, die, wie er anerkenne, durchaus sachlich gewesen sei, rühre her von dem Gegensatz zwischen der Centralgenossenschaftskasse und den viel älteren Schulze-Delitzsch'schen. Seit Bildung der Centralgenossenschaftskasse seien in Preußen etwa 3000 neue Genossenschaften entstanden, fast alles ländliche, die Kreditbemessung sei eine so vorsichtige, wie möglich. Die Gründung der Kasse habe einem sozialen Bedürfniß entsprochen, die Kasse sei gerade für die Mittelklassen von großem Segen gewesen. Gewiß sei Selbsthilfe am besten, aber wo die Selbsthilfe versage, da müsse der Staat helfend eingreifen. Daß der Zinsfuß mit dem Diskontsatz der Reichsbank auf und niederschwanken solle, scheine nicht rathsam, eine gewisse Stabilität müsse vorhanden sein. Einen Gewinn zu erzielen, sei nicht Aufgabe der Kasse; der Staat müsse zufrieden sein, wenn er auf seine Kosten komme, denn die Hauptsache bleibe die sozialpolitische Seite. Die Thätigkeit der Kasse sei eine fortgesetzt segensreiche. Bauopolitik könne sie natürlich nicht treiben. (Beifall.)

Abg. Dr. **Crüger** (freis. Vp.) erwidert dem Abg. Frhr. von Huene, derselbe scheine die Liquidität der Wechsel mit ihrer Sicherheit zu verwechseln und hält es für Pflicht der Verwaltung, zu verhindern, daß auch nur mittelbar eine Centralisation der Sparkassen sich vollzieht. Redner führt mehrere Fälle an, wo angeblich Darlehen ohne genügende Sicherheit gegeben sind.

Abg. Frhr. **v. Huene** (Ctr.) legt die einzelnen Fälle dar, woraus hervorgeht, daß die Verwaltung der Kasse sehr vorsichtig verfahren ist und keine Einbußen erlitten hat. Im übrigen betone er nochmals, daß die Wechsel der Kasse so sicher seien, daß sie jeder annimmt.

Abg. **Graw** (Ctr.) billigt im allgemeinen die bisherige Geschäftsführung der Centralgenossenschaftskassen, wenn auch in manchen Einzelheiten noch Aenderungen nöthig sein würden.

Abg. Dr. **Hahn** (b. k. P.) weist auf die hohe soziale Bedeutung der Centralgenossenschaftskasse hin.

Hiermit schließt die Debatte, der Etat der Centralgenossenschaftskasse wird bewilligt.

Die Tagesordnung ist erledigt.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr (Justizetat).

Schluß 4¾ Uhr.

Provinzialnachrichten.

⚒ **Kalbe** (S.), 19. Febr. [Aus der Stadtverordnetenversammlung.] Rechtsanwalt Grobe wurde in gestriger Stadtverordnetensitzung an Stelle des aus dem Amte geschiedenen Dr. Schmobl mit 17 von 18 abgegebenen Stimmen zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt. In dem Etat wurden nachträglich 10,000 M. für Kanalisation eingestellt. Baurath Creutzfeldt berichtete über die geplante Wasserentnahme aus dem Becken der hiesigen städtischen Leitung. Die städtische Sparkasse hat im letzten Jahre 3371,80 M. als Reingewinn zu verzeichnen.

* **Stendal**, 19. Febr. [Ein Silberkranz für das Bismarck-Mausoleum.] Hier ist jetzt im Schaufenster des Goldarbeiters Buck der kunstvoll gearbeitete Silberkranz ausgestellt, der von den Offizieren und oberen Beamten des ehemaligen 26. Landwehr-Regiments (Bataillone Stendal und Burg) für das Bismarck-Mausoleum in Friedrichsruh gestiftet ist; die Widmungsinschrift besagt, daß der Kranz „dem Andenken des verklärten einstmaligen Regimentschefs" geweiht ist.

* **Salzwedel**, 19. Febr. [Die letzten Ueberreste der Burg Albrecht's] in Salzwedel, die 780 angelegt wurde, sind von einem Kommando des Magdeburgischen Pionierbataillons Nr. 4 gesprengt worden. Die Gebäude waren seit Jahren von der Königlichen Hofkammer an den Kreis Salzwedel verpachtet, der sie wieder an einen Privatmann pachtweise abgegeben hatte. Dieser begann vor etwa einem Jahre mit dem Abbruch, die Gebäude, welche auch stark unmauerte, tiefe Keller enthielten, waren derartig baufällig, daß Decken und Wände zum Theil eingestürzt waren oder einzustürzen drohten. Die uralten, festen Außenmauern widerstanden jedoch wie Felsen jedem Versuche, sie niederzureissen, erst die Anwendung von Dynamit aber ließ das Gemäuer der Burgruinen dauernd in sich zusammenstürzen. Als ältestes geschichtliches Bauwerk der Stadt Salzwedel, als ein Zeuge tausendjähriger Geschichte, steht jetzt nur noch ein hoher, ehemaliger Vertheidigungsthurm, das Bauwerk der ehemaligen Burg Albrechts des Bären, in welcher der Geschichte nach Kaiser Heinrich IV. im Jahre 1096 den Markgrafen Rudolf wegen Gehorsamsverweigerung werfen ließ. Dieser Thurm darf laut Verfügung der Königlichen Hofkammer nicht zerstört werden. Mit der jetzigen Zerstörung der alten Burg wird auch eine alte Sage verschwinden, welche sich an die Siege Albrecht's des Bären über die Wenden knüpft und bis auf den heutigen Tag erhalten hat. Man zeigte in dem alten Mauerwerk eine Stelle, an der das Blut ermordeter Wendenfürsten ewig sichtbar blieb. Albrecht der Bär hatte einst an 40 Wendenfürsten, die sich nicht unterwerfen wollten, nach der Burg zu Unterhandlungen geladen, sie trunken gemacht, und die Trunkenen dadurch ermorden lassen; das Blut, durch Verrath der Gastfreundschaft geflossen, soll durch kein Mittel von dem Mauerwerk zu entfernen gewesen sein. Der Staat Preußen kaufte die Burg im Jahre 1864 für 17,000 Thaler von dem Kreis-Gerichtsdirektor von Hitzacker. Seit dem Jahre 1720 befand sich die Burg im Privatbesitz.

⚒ **Delitzsch**, 19. Febr. [Aufnahmeprüfung zur Präparandenanstalt.] Gestern fand hier die Aufnahmeprüfung zur Präparandenanstalt statt. Von mehr als 70 Angemeldeten bestanden etwa 40, von denen aber nicht alle Aufnahme finden konnten.

K. **Erfurt**, 19. Febr. [Das Spielen mit Schußwaffen] führte wieder einmal in Hoheim bei Erfurt Unglücksfälle herbei. Der 19 Jahre alte Kubadt spielte auf der Dorfstraße mit einem Revolver. Plötzlich ging ein Schuß los und die Kugel fuhr durch die Fensterscheibe des Gasthauses zum „Grünen Thal", pfiff einigen Gästen, sowie dem Wirthe an den Köpfen vorbei und prallte gegen den Ofen. Inzwischen reichte Kubadt seinem Kameraden Dölle die Waffe. Dieser spielte damit und schoß sich in die linke Hand. Die Kugel mußte der Arzt durch einen operativen Eingriff entfernen.

---

* **Weimar**, 19. Febr. [Dem Abg. Ahlwardt] hat die Regierung zu Weimar jedes weitere agitatorische Auftreten im Großherzogthum untersagt und im Falle der Weigerung mit sofortiger Ausweisung gedroht.

□ **Greiz**, 17. Febr. [Ein glückliches Land.] Neulich ging die Nachricht durch die gesammte deutsche Presse, unser Fürstenthum Reuß ä. L. habe nunmehr seinen letzten Staatsschuldenrest abgezahlt, und sei infolgedessen das einzige deutsche Staatswesen, welches schuldenfrei dastehe. Das ist zutreffend. Aber wir leben hier in den mit Unrecht so verschrienen Reuß ä. L. noch weit glücklicher, als jene Mittheilung schließen läßt. Denn wir kennen von dem reichhaltigen Steuerbouquet anderer Staaten lediglich eine aus Grundsteuer und Einkommensteuer zusammengeschweißte staatliche Einkommensteuer, und sonst nichts. Zu dieser Steuer werden zunächst alle Beamten inkl. mit 15 Proz. weniger eingeschätzt, als ihr Einkommen thatsächlich beträgt, während der Beamte bei der Staatssteuer-Veranlagung doch sonst überall „für voll genommen" wird. Dann aber werden von dieser Steuer zur Zeit nur „8 Termine" erhoben, also nur zwei Drittel des Jahresbetrages. Unser Staatswesen Reuß ä. L. hat eben keinen Bedarf weiter, und erläßt dem zahlenden Staatsbürger also das letzte Drittel.

* **Pforten**, 18. Febr. [Schwerer Unglücksfall.] In dem nach Zschippern, am Birkenwäldchen gelegenen Steinbruch der Gebrüder Keil von hier sind gestern vormittag der Vorarbeiter August Klinge und der Bohrer Brandner, beide von hier, beim Sprengen von Steinen schwer verletzt worden. Der erste Schuß hatte nicht die erwünschte Wirkung gehabt. Hierauf begaben sich K. und B. mit etwa 20 bis 25 Pfund Sprengpulver zu der Stelle, um frisch zu laden. Als sie von neuem das Loch mit Sprengpulver füllten, erfolgte plötzlich die Entladung und beide standen in Flammen. Dem K. sind die Kopfhaare, Bart und Hände arg verbrannt und die Kleidung zerfetzt worden; B. ist im Gesicht arg zugerichtet worden und sein Augenlicht ist gefährdet. Es wird vermuthet, daß in dem Loche noch Zündschnüre glomm und dadurch das Unglück herbeigeführt wurde. Beide Arbeiter wurden nach dem städtischen Krankenhaus in Gera transportirt.

* **Meiningen**, 19. Febr. [Verleihung des Ehrenbürgerrechts.] Die Stadt Pößneck hat den Staatsminister Dr. v. Heim zu ihrem Ehrenbürger ernannt und den Ehrenbürgerbrief durch den Vorsitzenden des Gemeinderaths, Kommerzienrath Berger, überreichen lassen.

* **Aus dem Königreich Sachsen**, 19. Febr. [Verschiedenes.] In Neustädtel explodirte gestern früh in der Günther & Richter'schen Papierfabrik bei Bockau ein Dampfkessel. Der Feuermann wurde schwer verletzt. — Eine Ueberraschung hat ein Hausbesitzer in Mittweida seinen zahlreichen Miethern dadurch bereitet, daß er ihnen die briefliche Nachricht zugehen ließ, daß sie für die Jahre 1899 und 1900 jeder Entrichtung von Miethszins, sowie Abgabe für Benutzung der städtischen Wasserleitung entbunden seien. Diese Eröffnung hat begreiflicherweise bei den betreffenden Miethern große Freude erregt und es ist bereits beschlossen worden, beim Stadtrath vorstellig zu werden, damit diese Bekundung edler Menschenfreundlichkeit eine öffentliche Anerkennung erfährt, und zwar ist in Vorschlag gebracht worden, eine Straße mit dem Namen des freigebigen Hauswirthes zu belegen. (Wenn es doch in Halle auch solche Hausbesitzer geben wollte!) — Der flüchtige Verbrecher Bruno Lindner aus Netzschkau ist gestern früh 6 Uhr zu einem Herrn K. in der Polizeistraße in Greiz gekommen und hat diesen fußfällig um einen Rock und eine Kopfbedeckung gebeten, jedoch nichts erhalten, weil K. die Vergangenheit Lindner's kannte. Lindner hatte eine geschundene Nase und einen Schnitt über der linken Wange, seine Kleidung war mit Blut behudelt. Der Verbrecher ist im Dezember vorigen Jahres vom Landgericht München wegen von ihm ausgeführter vielfacher Diebstahlsdiebstähle und Betrügereien, besonders auch wegen Heirathsschwindeleien zu 8 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. — Der Rath zu Dresden hat für seine Angestellten eine Anordnung erlassen, derzufolge Hilfsarbeiter, Kopisten und Expedienten, überhaupt solche Angestellte, die ein pensionsfähiges Einkommen von 1200 M. nicht haben, nur mit Genehmigung des Rathes heirathen dürfen. Diese Anordnung wird begründet mit dem Hinweis darauf, daß zu frühe Eheschließungen nicht fest Angestellter Sorgen usw. im Gefolge haben, die die volle Arbeitskraft des Betreffenden vermindern.

* **Aus dem Königreich Sachsen**, 19. Febr. [Kurpfuscherei.] Aus dem Jahresbericht des Sächsischen Landesmedizinalkollegiums ist zu ersehen, daß im Königreich Sachsen auch während des Berichtsjahres 1897 das Geheimmittelunwesen und der Kurpfuscherschwindel wieder in hoher Blüthe gestanden haben. In sechs Medizinalbezirken war die Zahl der Kurpfuscher sogar größer als die der Aerzte, in einem kamen 61 Kurpfuscher auf nur 47 Aerzte (!). Kein Blödsinn auf diesem Gebiete ist kraß genug, der nicht dennoch Gläubige fände. Eine Leichenfrau kurirte sogar mit Leichenwaschwasser, mit dessen Vertrieb sie ein glänzendes Geschäft unterhielt. Sie glaubte selbst an die Wirksamkeit ihres Mittels, denn sie wandte es bei ihrem Schwiegersohne gegen die Trunkenheit an. Das Geheimmittelwesen hat hier und da eine gewisse Abnahme erfahren, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß den Geheimmitteln durch das vom Gesetze geforderte Beidrucken der Bestandtheile vielfach der Nimbus genommen wird.

* **Leipzig**, 19. Febr. [Vom Reichsgericht. — Die Zwangsinnung Leipziger Buchdruckereien.] Wie jetzt offiziell bekannt wird, nimmt der zum Reichsgerichtsrath ernannte Landgerichts-Präsident Dr. Wyszomirski aus Beuthen O.-S. für die Zeit vom 1. März bis Ende Dezember d. J. den durch den Tod des Reichsgerichtsraths Toussaint frei gewordenen Sitz im dritten Strafsenat des Reichsgerichts ein. — Der bisher dem ersten Strafsenat und zugleich dem dritten Strafsenat zugewiesene Reichsgerichtsrath Dr. Delitz wird vom 1. April ab nur dem ersten Strafsenat angehören. — Von den Buchdruckereibesitzern Giesecke & Devrient und Genossen ist beim Rathe Widerspruch dagegen erhoben worden, daß sie von Gesetzeswegen der Zwangsinnung Leipziger Buchdruckereien angehören. Nach langer Debatte kam der Rath zu dem Beschlusse, dem Gutachten des Referenten zuzustimmen und diese Entscheidung dahin abzugeben, daß der von den 8 Buchdruckereibesitzern erhobene Widerspruch als beachtlich anzusehen ist und sie als Pflichtmitglieder der Zwangsinnung hiesiger Buchdruckereibesitzer nach § 100f Ziffer 1 der Reichsgewerbeordnung nicht angehören, „weil sie das Buchdruckgewerbe fabrikmäßig betreiben."

Standesamtliche Nachrichten.

Standesamt Halle, 18. Februar.

Aufgeboten: Der Malermeister Aug. Fricke und Helene Lesering (Hahnenklee und Albrechtstr. 4). Der Vierfahrer Karl Kasch und Marie Müller (Schmiedstr. 24 und Krukenbergstr 19). Der Feldwebel Berthold Karst und Agnes Grober (Halle und Spröitau). Der Arbeiter Max Genig und Marie Reißig (Halle und Zörbig). Der Wärter Aug. Hentze und Marie Schmidt (Halle und Merseburg).

Eheschließungen: Der Schlosser Alb. Kirsten und Emma Bohne (Pfännerhöhe 44). Der Vizefeldwebel Johannes Herz und Marie Grigoleit (Hardenbergstr. 2 und Gr. Steinstr. 21). Der Eisenbahnbureau-Assistent Paul Fröncke und Elise Burgmann (Pfälzerstr. 1 und Kl. Ulrichstr. 13). Der Kutscher Herm. Seidel und Amalie Zörner (Giebichenstein und Riedeckplatz 1). Der Heizer Herm. Köhler und Marie Franke (Domplatz 8 und Breitestr. 12). Der Tapezirer Otto Burger und Bertha Schaaf (Streiberstr. 16).

Geboren: Dem Kaufmann Otto Koch eine T., Charlotte Luise Marie (Blücherstr. 8). Dem Kaufmann Robert Kreuter eine T., Charlotte Johanne Wilhelmine (Dieskauerstr. 14). Dem Kaufmann Hermann Hahn eine T., Johanne Margarethe (Liebenauerstraße 5). Dem Schlosser Franz Kallenbach ein S., Walther Kurt (Bernhardystr. 17). Dem Fabrikarb. Wilhelm Zwarg ein S., Wilhelm Alfred (Thurmstr. 157). Dem Lithographen Bruno Dähner eine T., Elsie Helene (Ackerstr. 3). Dem Stadtbahnwagenführer Gustav Kaiser eine T., Anna Hertha (Friesenstr. 2).

Gestorben: Der Lehrer em. Gottlob Leudolph, 80 J. (Halberstädterstraße 8). Der Buchhandlungsreisende Wilhelm Kempin, 51 J. Des Maschinisten Ludwig Kutzner S. Wilhelm, 7 J. (St. Elisabeth-Haus). Des Zimmermann Karl Bierende Ehefrau Emilie geb. Brix, 62 J. (St. Elisabeth-Haus). Des Hilfsbremser Karl Becker S. Wilhelm, 3 W. (Weißenerstr. 18). Des Zimmermann Franz Maurer S. Franz, 3 W. (Ludwigstr. 10). Des Maurer Hermann Kutscher S., 2 M. (Steg 18). Der Handarb. Gottlieb Naue, 78 J. (Beesenerstr. 1). Der Sänger Emil Thume, 58 J. (Diakonissenhaus). Des Handarb. August Gundermann gen. Schröder S. Kurt, 2 J. (Landsbergerstr. 59). Der Geschirrführer Wilhelm Herrmann, 60 J. (Klinik). Des Fabrikarb. Otto Conrad S. Willy, 5 M. (Thorstr. 32).

Uhr-ketten

C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90.

Eine prächtige Frau

ist jene, welche ihre Familie glücklich und zufrieden wissen will. Sollte daher nicht jede Hausfrau es gern vernehmen, daß dieser Erfolg durch alle Mondamin-Gerichte schnell zu erreichen ist. Schwört doch die Köchin auf Mondamin und sagt: „Es ist das Beste für warme Gerichte." Kocht doch die fürsorgende Mutter ihren Lieblingen gern ein Mondamin-Süppchen und werden selbst die Aeltesten in kalten Tagen durch warme Mondamin-Gerichte erfreut! Mit Freuden liest daher die Hausfrau, daß Brown & Polson verschiedene Recepte für neue heiße Speisen haben. Um allen Gelegenheit zum Gebrauch zu geben, bietet die Firma diese in einem Buche kostenlos, franco an. Man braucht nur unter deutlicher Adressenangabe sofort an Brown & Polson, Berlin C. 2, zu schreiben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990220027/fragment/page=0002